

STÄNDIGE GEWALT UND ABWESENDE REGIERUNGEN:

DER DOPPELTE MANGEL AN SCHUTZ DEM VENEZOLANISCHE FLÜCHTLINGE AUSGESETZT SIND

Amnesty International verurteilt das Versäumnis des kolumbianischen und peruanischen Staates, venezolanische Frauen zu schützen, und stützt sich dabei auf eine gründliche Analyse der Situation vor Ort.

Von: Clara del Campo 22. Juli 2022

Referentin für Südamerika-Kampagnen von Amnesty International

Ihre Geschichte beginnt, als sie vor massiven Menschenrechtsverletzungen fliehen. Sie setzt sich an der Grenze fort, wo sie mit Anforderungen konfrontiert werden, die bei der Suche nach Schutz unmöglich zu erfüllen sind. Sie setzen ihren Weg in ein neues Zuhause fort und werden dabei schikaniert, ausgeraubt, erpresst und ausgebeutet. Nach ihrer Ankunft sind sie Diskriminierung, Unsicherheit und noch mehr Gewalt auf der Straße, zu Hause und am Arbeitsplatz ausgesetzt. Nachdem sie die Gewalt überlebt haben, verweigern die Staaten ihnen die Möglichkeit, Anzeige zu erstatten oder medizinische Hilfe zu erhalten, weil sie Frauen und weil sie Venezolanerinnen sind. Dies ist die [Odyssee, die Tausende venezolanische Frauen](#) in Kolumbien und Peru durchmachen.

Seit 2015 sind [mehr als 6,1 Millionen](#) Menschen aus Venezuela geflohen, davon rund 5 Millionen in andere Länder in Lateinamerika und der Karibik. Von diesen Menschen leben mehr als 3 Millionen in Kolumbien und Peru, und mehr als 50 % von ihnen sind Frauen und Mädchen. Laut [UN Women](#) ist geschlechtsspezifische Gewalt zwar eine "Schattenpandemie" in der gesamten Region, doch sind venezolanische Frauen, die aus ihrem Land geflohen sind, aufgrund besonderer Umstände besonders gefährdet. In diesem Zusammenhang kommen die Aufnahmestaaten ihrer Verpflichtung nicht nach, sie zu schützen, weder als Geflüchtete noch als Überlebende geschlechtsspezifischer Gewalt. Dies muss korrigiert werden.

Amnesty International verurteilt dieses Versäumnis des kolumbianischen und des peruanischen Staates, venezolanische Frauen zu schützen, und stützt sich dabei auf eine gründliche Analyse der Situation vor Ort und der geltenden Vorschriften. Wir haben 63 in Kolumbien und Peru lebende venezolanische Frauen befragt; wir haben 45 Interviews mit lokalen Nichtregierungsorganisationen und internationalen Organisationen geführt; wir haben 17 Anträge auf Zugang zu öffentlichen Informationen gestellt; wir haben 15 Treffen mit staatlichen Institutionen abgehalten; wir haben die nationale Gesetzgebung, die öffentliche Politik und internationale Menschenrechtsstandards überprüft. Nach monatelangen Untersuchungen sind wir zu dem Schluss gekommen, dass die Staaten Peru und Kolumbien ihrer Pflicht, den venezolanischen Frauen ein Leben ohne Gewalt zu garantieren, nicht nachkommen.

Der doppelte Mangel an Schutz für venezolanische Frauen bezieht sich zum einen auf den fehlenden internationalen Schutz für Menschen, die vor [massiven Menschenrechtsverletzungen](#) in Venezuela geflohen sind, und zum anderen auf den fehlenden Schutz, wenn diese Frauen geschlechtsspezifische

Gewalt erleiden und ihnen in vielen Fällen das Recht auf Gerechtigkeit und medizinische Versorgung verweigert wird. Wenn diese beiden Formen des mangelnden Schutzes kombiniert werden, **erhöhen sich auch die Risiken**. Da sie keinen geregelten Aufenthaltsstatus im Land haben, sind ihre Möglichkeiten auf Informalität, Prekarität und Arbeits- oder sexuelle Ausbeutung beschränkt, was sie wiederum davon ausschließt, öffentliche Dienste wie die Gesundheitsversorgung in Anspruch zu nehmen oder die Gewalt zu melden, die sie als venezolanische Frauen erleiden.

Die Realität in beiden Ländern zeigt, dass ein Haupthindernis für die Gewährleistung der Rechte der venezolanischen Frauen in der Fremdenfeindlichkeit und Diskriminierung aufgrund ihres Geschlechts und ihrer Nationalität liegt. Die Beamten, die sich am häufigsten um venezolanische, von geschlechtsspezifischer Gewalt Betroffene kümmern - Staatsanwälte, Polizisten, medizinisches Personal und Einwanderungsbeamte - neigen dazu, bei ihren Handlungen zusammengesetzte Stereotypen anzuwenden, d. h. sie diskriminieren Frauen nicht nur aufgrund ihres Geschlechts, sondern auch aufgrund anderer Faktoren wie Migrationsstatus, Nationalität, sexuelle Orientierung oder Geschlechtsidentität. Das bedeutet, dass sie nur allzu oft diskriminiert und erneut schikaniert werden, weil sie Frauen, Venezolanerinnen, Migrantinnen oder arm sind. Carmen, eine Venezolanerin in Peru, deren richtiger Name zum Schutz ihrer Identität nicht genannt wird, erzählte von ihrer eigenen Erfahrung:

„Seit ich das erste Mal auf die Polizeiwache ging, kann ich den Gesichtsausdruck des Polizisten nicht vergessen. Er sah mich von oben bis unten an und sagte: 'veneca'.“

[eine abfällige Bezeichnung für Venezolanerinnen]

-Carmen

Wir fordern die kolumbianischen und peruanischen Behörden auf, diesen Kurs dringend zu korrigieren, indem sie den Schutz der venezolanischen Frauen in beiden Ländern sicherstellen. Erstens müssen sie ihnen einen wirksamen Zugang zu den Mechanismen des internationalen Schutzes und der Regularisierung der Migration garantieren. Dies bedeutet unter anderem, dass ausgrenzende und willkürliche Anforderungen wie die Einreise vor einem bestimmten Datum und der Nachweis darüber oder der Besitz eines bestimmten Ausweises abgeschafft werden müssen.

Zweitens müssen Kolumbien und Peru sicherstellen, dass Beamte, die an vorderster Front mit venezolanischen Frauen, die geschlechtsspezifische Gewalt erlebt haben, arbeiten, eine angemessene, systematische, obligatorische Erstausbildung und fortlaufende Schulung in der Prävention und Aufdeckung geschlechtsspezifischer Gewalt erhalten. Diese Ausbildungsprogramme sollten darauf abzielen, geschlechtsspezifische Stereotype zu hinterfragen und auf die besonderen Bedürfnisse von Geflüchteten und Migrantinnen einzugehen.

Dies sind die ersten Schritte, die die peruanischen und kolumbianischen Behörden unternehmen müssen, um den Schutz der venezolanischen Frauen zu gewährleisten, die unter ständiger Diskriminierung und Gewalt zu leiden hatten und haben. Angesichts einer Krise dieses Ausmaßes müssen die Staaten Schlüsselakteure bei der Suche nach Lösungen sein und nicht die großen Abwesenden.